



Der Kammerjäger

Informationen für Kammerkritiker Ausgabe Mai 2010 (e-mail)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachfolgend unsere aktuellen monatlichen Informationen rund um das Thema der Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft!

Mehr und ausführlicheres wie immer unter www.bffk.de

Themen

- bffk lässt Überblick über Verjährungsfristen erarbeiten
- Anhörung im niedersächsischen Landtag und Fachgespräch im Bundestag
- Petition in Baden-Württemberg
- Verleihung des Werner-Bonhoff-Preises 2010
- Bundesverwaltungsgericht verhandelt über "politisches Mandat" der Kammern

bffk lässt Überblick über Verjährungsfristen erarbeiten

Die Frage der Verjährung beschäftigt verständlicherweise immer wieder die Kolleginnen und Kollegen im bffk. In Zusammenarbeit mit einem Rechtsanwalt hat der bffk nun eine Übersicht über die unterschiedlichen Aspekte der Verjährung (Festsetzung, Zahlung etc.) erarbeitet, welche wir den Mitgliedern zur Verfügung stellen. Zu beachten ist hierbei, dass eine individuelle Prüfung notwendig bleibt, weil eine Fülle von Ausnahmetatbeständen existiert. Die Erfahrung zeigt auch, dass in der Praxis die Kammern auf höchst unterschiedliche Weise mit diesen Fristen umgehen.

Anhörung im niedersächsischen Landtag und Fachgespräch im Bundestag

Gleich zwei Mal war die Expertise des bffk im Mai in Parlamenten gefragt. Auf Antrag der Fraktion der Grünen soll in Niedersachsen eine "Pflegekammer" neu errichtet werden. Der Sozialausschuss des niedersächsischen Landtages hatte hierzu den bffk zur Abgabe einer Stellungnahme eingeladen. Ganz auffällig und offensichtlich hatten die Befürworter einer solchen Pflegekammer sich mit der Frage, dass dies ein erheblicher Grundrechtseingriff ist, noch nicht intensiv beschäftigt.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Bundestag hatten wiederum zu einem "Fachgespräch: Kammern der Zukunft" eingeladen. Der bffk konnte hierfür als kammerkritischen Teilnehmer auch Hans Olaf Henkel gewinnen. Im Verlauf des Gespräches zeigte sich, dass im politischen Raum immer noch eine erhebliche Unkenntnis darüber herrscht, wie die Kammern im Alltag arbeiten. Dies bezieht sich sowohl auf die tatsächliche Funktion der Kammern in der Ausbildung, die grandios überschätzt wird, als auch die Kenntnisse über die Missstände in den Kammern, die grandios unterschätzt werden. Viel Arbeit für die Kammerkritiker in Deutschland und den bffk.

Jetzt auch Petition zur Rechnungsprüfung in Baden-Württemberg

Es sind ja mindestens zwei Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg (Ulm und Heilbronn), denen massive und teure Aufgabenüberschreitungen vorgeworfen werden. Nach der einseitigen und anrühigen Intervention des FDP-Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium gegen seine eigenen Mitarbeiter und zugunsten der IHKn, haben nun zwei bffk-Mitglieder wie auch in Hessen eine Petition auf den Weg gebracht, um zu erreichen, dass der Landesrechnungshof sich einmal mit den Kammerfinanzen beschäftigt. Sobald eine Eingangsbestätigung vorliegt, wird der bffk einen Unterstützungsbrief auf der Internetseite zum Download bereit stellen.

Verleihung des Werner-Bonhoff-Preises 2010

Am 10.05.2010 wurde in Berlin der Werner-Bonhoff-Preis 2010 verliehen. Preisträger in diesem Jahr wurde Georg Heitlinger, der das CMA-Urteil erstritten hat. HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH!!!

Der bffk, der mit seiner Bewerbung ebenfalls in die Endausscheidung gekommen war, war zur Verleihung eingeladen. Hinsichtlich der Sammlung von Meldungen aus der wirtschaftseigenen Kammerbürokratie wird der bffk die Werner-Bonhoff-Stiftung in Zukunft intensiv unterstützen. Näheres folgt dazu in Kürze.

Bundesverwaltungsgericht verhandelt über "politisches Mandat" der Kammern

Im Herbst 2004 hat bffk-Geschäftsführer Kai Boeddinghaus Klage gegen die IHK Kassel erhoben, die in einem "industriepolitischen Grundsatzpapier" gemeinsam mit den anderen hessischen Kammern diverse eben auch allgemeinpoltische Forderungen (Studiengebühren, Ganztagschulen, Atomkraft etc.) aufgestellt hat. Nach sechs Jahren wird diese Klage nun am 23.06.2010 vor dem Bundesverwaltungsgericht verhandelt werden.

Im Kern geht es darum, dass die Kammern zwar theoretisch kein allgemeinpolitisches Mandat beanspruchen, de facto aber ein solches mit dem Verweis, "Belange der Wirtschaft seien am Rande berührt" und das sei ausreichend, rechtfertigen.

Mit freundlichen Grüßen



Frank Lasinski
Mitglied der Vollversammlung der IHK Cottbus
Vorsitzender des bffk - Bundesverband für freie Kammern
Landgraf-Karl-Str. 1; 34131 Kassel
Fon: 0561 – 9205525 / Fax: 03222 - 1637481